

Gespräch mit Ceren Türkmen über Migration, Arbeit und das Recht auf Stadt *

In den letzten Wochen haben sich mehrere Familien in Berlin öffentlich gegen die Räumung ihrer Wohnungen gewehrt und sind an die Öffentlichkeit gegangen. In allen Fällen handelt es sich um Familien, die vor Jahrzehnten als Arbeitsmigrant_innen nach Deutschland gekommen sind. Ist es Zufall oder sind sie besonders von den Mieterhöhungen in Berlin betroffen?



Es ist kein Zufall, dass es migrantische Familien sind, wenn wir zwei Punkte mitdenken: Zum einen die Erinnerungspolitik und das wenn auch widersprüchliche und fragmentierte Wissen um die Gastarbeitsgeschichte heranziehen. Zum anderen die Frage danach, gegen wen sich die Stadterneuerung in welcher Form derzeit in Berlin Kreuzkölln richtet. Gering verdienende Migrant_innen sind an dieser Stelle besonders von Verdrängung bedroht. Die konkreten Widerstände in ihrer Entwicklung und Form machen allerdings sehr viel mehr transparent, wenn man näher hinguckt und zuhört. Sie geben wieder, wie linke Politik in Zeiten der Krise populär und doch kritisch und mit vielen Herausforderungen Prozesse anstoßen kann.

Viele dieser Familien haben generationenübergreifend eine kollektive Erfahrung der (Gast-)Arbeitsmigration und allem, was 40 Jahre später immer noch damit zu tun hat, gemacht. Auch wenn viele hier geboren sind und ihren Kiez schon lange mit aufgebaut haben, die konservative Migrationspolitik und unterschiedliche rassistische Diskurse haben sie bis heute nach wie vor mit aller Mühe „migrantisiert“. Guckt man in die migrantischen Communities, gibt es Resonanzen etwa in Form von Selbstmigrantisierungen, aber auch – das macht es spannend und komplex - viele Brüche und Kämpfe dagegen. Diese kollektiven direkten oder indirekten Erfahrungen äußern sich insbesondere auch in Generationenkonflikten zu den Themen wie Leben und Arbeiten innerhalb der migrantischen Familien, aber auch in Widerständigkeiten gegen traditionell deutsche Parteien und Politikformen, und auch gegen deutsche linke autonome Gruppen. Im Widerstand der Leute gegen Zwangsräumungen oder etwa am Beispiel der Mieterinitiative Kotti&Co, die gegen die rasante Kapitalisierung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin protestieren, können wir konkret sehen, wie hinter den Kämpfen heute all diese Konflikte und Themen um Migration in Deutschland aufkommen, und weshalb Neues und zugleich Altes die Bühne betreten.

Kannst Du einige Beispiele nennen?

Zum einen ist da der historische Aspekt von Erinnerungskultur. Es gibt eine generationenübergreifende Weitergabe von politischen und sozialen Konflikten und Problemen innerhalb der migrantischen Communities in Deutschland. Man „weiß“ um die Kontinuität von sozialen und rassistischen Segregationen. Die soziale Kontrolle der migrantischen Arbeitskraft und Bevölkerung verlief immer entlang des migrationspolitischen

Versuchs, räumlich zu regulieren und zu kontrollieren, wo und wie sie wohnen sollten¹. Auf diese Weise wird der Widerspruch zwischen Arbeitskräftemobilisierung und Arbeitskräftefixierung scheinbar reguliert. Die Nachbarschaftsverhältnisse werden gleichzeitig stadtplanerisch und migrationspolitisch gestaltet. Man weiß aus der Erfahrung um die besondere Wohnungsfrage von Migrant_innen und die eigens aufgebauten Kieze und ihre Geschichten.

Auch wenn der Widerstand kein Zufall ist, mit Blick auf eine historische Auseinandersetzungsphase eher als Lernprozess verstanden werden kann, an den man heute auch erstmal (wieder)erinnern muss, gibt es doch auch ein kontingentes Ereignis, was nur die aktuellen konkreten Bedingungen erklären können. Daher sollten wir uns fragen, wie es denn dazu kam, dass sich die Mieter_innen als Nachbar_innen am Beispiel des Kottbus zu wehren begannen. Welche Gruppen haben sich weshalb solidarisiert, und wann sind andere Sprachen und Formen von Politik in diesem Prozess entstanden? Welche Phasen kann man erkennen? Wo liegen die Probleme des Widerstands? Was hält die Mieter_innenkämpfe zusammen, und wo treten politischen Grenzen auf im objektiven Protest für günstigen Wohnraum? Der Widerstand der Nachbarschaft basiert ja auf einem kollektiven Gerechtigkeitsempfinden, das innerhalb der Kämpfe auch in Konfrontation zu weiteren politischen Fragen um Rassismus, Arbeit, Geschlechterrollen und internationalen politischen Ereignissen verhandelt wird. Das ist der zweite Aspekt. Allein in Neukölln sind die Mieten innerhalb der letzten vier Jahre um 34,5% gestiegen. Im Vergleich hierzu sinken die Löhne und die Einkommen für die Arbeiter_innen - und Erwerbslosenhaushalte oder prekär Beschäftigten. Dieser Widerspruch betrifft verschiedene soziale Gruppen, nicht nur die geringverdienenden Migrant_innen. Wenn wir aber die Städte als Räume begreifen, in denen gesellschaftliche Themen wie Rassismus erst entstehen und umkämpft werden, dann erst können wir verstehen, wie und dass Migrant_innen in einer besonderen Form von Rassismus betroffen sind. Die Zusammensetzung der Bevölkerung in der Nachbarschaft hat sich stark verändert, die Gastarbeiter_innenfamilien und die neuen Flüchtlinge werden vehement zu verdrängen versucht. Ein indisch-englischer Akademiker, der hier kurzfristig geforscht hat, erzählte mir mal, dass er nur eine wirklich gigantisch teure dunkle, kleine Erdgeschosswohnung am Paul-Lincke-Ufer mieten konnte, für die sich sonst niemand interessierte. Die hat er gemietet. Bei den anderen wurde ihm während einer langen Wohnungssuche deutlich, hatte er keine realen Chancen. Die Zwangsräumungen sind die letzte Phase in diesem Konfliktprozess. Wir kriegen den Verdrängungsprozess in seiner ganzen Form und Entwicklung erst allmählich mit. Ein Hinweis auf das Ausmaß sind die zunehmenden breiten Konflikte und Kämpfe um die Stadt und ums Wohnen in Berlin.

¹ Für die ersten Gastarbeiter_innen war es sehr üblich, Arbeitsplätze zu wechseln. Dadurch entzog man sich nicht nur kurzfristig den intensiven Arbeitsanforderungen und diskriminierenden Praxen in den Betrieben, sondern gestaltete das Leben „scheinbar“ souverän. Auch wenn man beim nächsten Arbeitsplatz ähnlichen Situationen ausgesetzt war, hinter dieser vermeintlichen Kündigung steckte eine subjektive Verweigerungshaltung, die mit der Familienzusammenführung in der Arbeitsmigrationsphase der 1970er Jahre nicht mehr harmonierte. Aber selbst hier wurden Lösungen gefunden. Erstens arbeiteten in der Regel beide Partner, Frauen wie auch Männer in Vollzeit. Hier etablierte sich ein anderes geschlechtliches Arbeitsteilungsmodell als das fordistische Ernährermodell für „deutsche Familien“. Die Care-Arbeit wurde nicht selten auch outgesourct; man hinterließ sie bei Familienangehörigen in den Herkunftsländern.

Wie hängen die Kämpfe gegen Verdrängung und Prekarisierung zusammen?

Neben den Kämpfen gegen die Zwangsräumungen ist es insbesondere auch die Mieterinitiative am Kottbusser Tor, die mit ihrem Protest-Gecekondu und ihren Themen zeigen, worum es gerade in der Stadt geht und wie es aus der Perspektive der Kämpfenden zukünftig weitergehen soll: „Mieten essen Seelen auf“ heißt es auf einem Plakat vom Kotti in Anlehnung an den Film „Angst essen Seele auf“ von Fassbinder. Es scheint fast realitätsfern, wenn man sich vor Augen führt, dass in den Arbeitskämpfen der frühen 1960er Jahre gefordert wurde „Nicht mehr als Ein Zehntel für die Mieten“. Die Senior_innen in der Stillen Straße in Pankow haben mit der Besetzung ihrer Begegnungsstätte 2012, die geschlossen werden sollte, auch gezeigt, wie eng die Themen Alter-Prekarisierung und Wohnen zusammenhängen. Die Flüchtlinge wiederum in Kreuzberg haben mit ihrer Platzbesetzung des Oranienplatzes wie auch der Hausbesetzung in der Ohlauerstraße erneut bestärkt, wie gezielt sich die Flüchtlinge seit mehr als einem Jahr der staatlichen Bewegungskontrolle im Rahmen der Residenzpflicht und Lagerpflicht widersetzen, indem sie selber nun Raum kreieren und selber verwalten. All diese Bewegungen zeigen, wo der Raum und die Stadt neu organisiert wird und was das für einzelne soziale Gruppen bedeutet und wie sie thematisch in diesen Prozess einbezogen sind. Darüber hinaus gibt es auch die undokumentierte, spurenlose Veränderung oder auch „stille Räumung“. Es kommt zuvor schon zu freiwilligen Kündigungen. Weil die Mieten unbezahlbar sind, zieht man schlicht aus. Oder umgekehrt man rückt zusammen. Mehrere Generationen teilen sich nun die Räume. Was die Migrationsgesellschaft anbetrifft heißt das: die Rentner_innen gehen für 6 Monate im Sommer in die Türkei ins Sommerhaus oder Dorf und überlassen der jüngeren Generation in Ausbildung oder mit Arbeit den Wohnraum. Von unten nach oben gedacht: man zieht nicht aus als Jugendlicher, und die Eltern kümmern sich um die Großeltern. Man arrangiert sich auch auf diese Weise, oder andere versuchen, nach Abzug der Miete mit dem übriggebliebenem Geld irgendwie klarzukommen.

Welche Rolle spielte die Wohnungsfrage in der Geschichte der migrantischen Kämpfe?

Am Anfang in ehemaligen Zwangsarbeiterlagern untergebracht, haben die ehemaligen „Gastarbeiter_innen“ mit ihrem direkten Widerstand und ihren indirekten Widerspenstigkeiten darauf gedrängt, in die in Westdeutschland neu entstehenden und stark umkämpften Wohnsiedlungen zu ziehen oder in nicht sanierte Altbauwohnungen.^[1] Damals konnten sie partiell ihre Forderungen verbinden mit denjenigen der linken Sponti-Gruppen und fanden Unterstützung bei kritischen Reporter_innen. Erste wissenschaftliche und ministerielle Untersuchungen zu den miserablen Wohnbedingungen entstanden parallel zu den Kämpfen in den 1970er Jahren. Es gibt eine große Anzahl von Studien hierzu.

Gentrifizierung heißt also nicht nur, dass Häuser verkauft werden, saniert und teurer vermietet, um mit Hilfe neuer Gesetze und Gerichte den Eigentümer_innen zu mehr Rendite zu verhelfen. In ihm kommen soziale, kulturelle und ideologische Verhältnisse ebenso zur Geltung wie sie innerhalb des Prozesses produziert werden. Der Rassismus im Prozess der städtischen Erneuerung verbindet sich mit dem Klassenrassismus gegen subalterne Migrant_innen in einer neuen Konjunktur und im Rahmen eines neuen politischen Kräfteverhältnisses. Vor dem Hintergrund dieser sozialen Entwicklungen machen erst die



Debatten um Innere (Un-)Sicherheit, Racial-Profilung und (Des)Integration einen kohärenten Sinn für den Ausverkauf des Kiezes. Necmiye und Ali Gülbol wehren sich dagegen, an die Stadtbezirke verdrängt zu werden, weil sie und andere Migrant_innen schon seit langem erfahren haben, dass sich die Situation für Migrant_innen in Deutschland nicht demokratisch entwickelt! Ob in der Stadt, in den Schulen oder auf der Arbeit. Die liberale Illusion der Chancengleichheit und Gerechtigkeit wirkt bei ihnen schon lange nicht. Das macht wütend, nur zeigt sich diese Wut noch diffus, sie ist nicht organisiert und kollektiviert. Aber auch das ist Teil von Politik, eine Phase des Politischen für den nicht politisierten Teil der Bevölkerung. Diese Form der Alltagspolitik verläuft anders als Aktivismus und Intellektuelle Analyse. Die Dynamiken sind anders. Die aktuellen Kämpfe, die die Migrant_innen und Co tragen, öffnen neue Räume sich zusammenzufinden und manchmal auch wieder auseinanderzubewegen, Rassismus heute zu verstehen und einen neuen Antirassismus aufzubauen, der sich vielleicht auch gar nicht mehr so nennen muss. Ich habe bisher keine Positionierung gesehen, die sich als rein antirassistischer Slogan in den stadtpolitischen Auseinandersetzungen versteht. Mehr noch: Kotti&Co verlassen doch gerade die Grenzen der antirassistischen Identitätspolitik, sowie sie sich seit den 1990er Jahren aufgebaut hat und öffnet neue Bündnismöglichkeiten, neue Denk- und Handlungsperspektiven, die gerade den Rassismus analysieren können, da man sich nicht mehr nur mit Migrant_innen als „ethnisch Andere“ beschäftigen muss, sondern eben als Mieter_innen und Arbeiter_innen und als integriertes Kleinbürgertum. So hat er doch angefangen der Antirassismus. Vielleicht ist das die Zukunft des Antirassismus und ein Weg aus ihrer Krise und Isolation heraus: sich nicht mehr um den eignen Nabel zu drehen, weil das schon lange zahnlos geworden ist in Zeiten von „Diversity-Studies“ oder „Diversity Management“.

Warum ist der Antirassismus zahnlos geworden?

Weil der heute hegemoniale Antirassismus meines Erachtens den sich verändernden Rassismus nicht mehr gezielt erfassen und bekämpfen kann. Der Rassismus, wie er sich in der aktuellen Gentrifizierung zeigt, bringt, wenn man genau hinguckt, eben das auf den Punkt. Eine neu entstandene migrantische Mittelschicht hat schon lange die Kieze verlassen, ist in den `90ern schon an die Stadtränder, wie etwa zum „Türkenpfuhl“ nach Berlin Mariendorf in Eigenheime gezogen. Die wollen ihre Kinder nicht im Kiez und vor allem in den Schulen im Kiez sehen. Ähnliches gilt übrigens für die „multikulturellen“ prekären-kreativen Anwohner_innen etwa in hippen Berliner Stadtbezirken wie „Kreuzkölln“. Sie wohnen zwar dort, bringen ihre Kinder aber an weiter entfernte gute Schulen ohne subalterne Kids. Das eigentliche Problem sind nicht die bürgerlichen Entscheidungen und Ängste der Eltern, sondern die sozialpolitische Vernachlässigung der Schulen und Kinder im Kiez. Dann erst kommen die Bildungsbürger_innen, die angesichts der Situation, ihre Kinder abziehen und wie in Hamburg heftige soziale Distinktionskämpfe liefern, nur damit sie ihre Kinder nach wie vor von den schlechteren Schulen abgrenzen können. Ich weiß von Kinderläden im Kiez, wo Erzieher_innen sich beklagen, dass es nur noch Bildungsbürgertumskinder gibt, die die Erzieher_innen auf englisch erziehen sollen. Ein paar Meter weiter, Kitas mit nur türkisch/kurdisch/arabischen Kindern. Migrantische Kinder können hinsichtlich ihrer offiziellen Bildungsqualifikation doch gar nicht mehr mit den bürgerlichen Kindern um Schulen und Ausbildungsplätze konkurrieren. Andere Schulen nehmen ungern bis gar nicht

migrantische Jugendliche auf. Die partielle Aggression im Kiez ist als Ausdruck für die Enttäuschungswut, Frustrations- und Unterdrückungserfahrung da. Sie ist politisch und Teil einer „proletarischen Moral und Kultur“, die sich gezielt dem bürgerlichen kulturellen Anpassungsdruck und Habitus entzieht. Die Schulen in Kreuzberg beklagen sich über Entmischung. Rechtspopulist_innen sprechen von Parallelgesellschaft ohne zu sehen, wie sehr sie davon profitieren und die Genese des Zustands kaschieren. Der Begriff und die Pseudopolitik um Integration und Multikulti bringen vor diesem Hintergrund nicht weiter. Vor allem wird kaschiert, dass die Leute in den vermeintlichen Parallelgesellschaften sehr genau um die Probleme des Kiezes wissen, und selber wollen, dass sich was verändert. Die sozialen Kämpfe aktuell in der Stadt sind Teil dieser gesellschaftlichen Beziehungen. Im Gegensatz zum traditionellen linken Aktivismus, der mehr schlecht als recht sich selbst repräsentativ und identitätspolitisch über Wasser halten kann, sind die aktuellen Konflikte eingebettet in die gesellschaftlichen Beziehungen.

Kannst Du diesen Wandel des rassistischen Diskurses genauer erklären?

Der Rassismus in Deutschland nach dem II. Weltkrieg unterscheidet sich von dem Rassismus, mit dem wir es heute zu tun haben, trotz der parallel wirkenden und sich befestigenden Kontinuität, Subalterne Migrant_innen und Flüchtlinge vehement auszuschließen. Man beachte die teilweise wirklich interessanten antirassistischen Programme, die unter Merkel entwickelt wurden. Auf die Situation von Flüchtlingen trifft das in keiner Weise zu. Die Grenzen sind hier gegen den Kampf von Flüchtlingen eisern. Dennoch können die staatlichen Antirassismus Programme auch aus kritischer Perspektive nicht einfach als Täuschung oder Doppelspiel abgetan werden; ich denke, dass das liberal-konservative Deutschland sehr wohl versteht, dass es zu Ungunsten verläuft, wenn eine zu breite Masse von Menschen ausgeschlossen bleibt. Sie wollen sie lieber im Arbeitsmarkt ausbeuten. Der Ausschluss ist auf Dauer teuer und macht nicht in jeder Konjunktur Sinn. Wenn die Unternehmen sich beklagen, dass sie keine qualifizierten Auszubildenden finden, hört die regierende Politik schon genauer hin. Wir müssen die Entwicklungen außerdem politisch symptomatisch lesen. Die antirassistischen Kämpfe in Relation zu den Zugeständnissen von Almanyia haben zu diesen Veränderungen geführt. Hinter all dem steckt aber kein Ende des Rassismus, sondern möglicherweise eine weitere innere Differenzierung. Migrant_innen können in Deutschland aufsteigen. Sie ziehen etwa in Luxuswohnungen wie die Carlofts in der Kreuzberger Reichenbergerstraße. Es entsteht eine „migrantisch bürgerliche Zwischenschicht“. Die große migrantische arme Masse muss allerdings ebenso draußen bleiben. Eine unbestimmte Masse von subalternen (Post)Migrant_innen wird also nach wie vor radikal rassifiziert. Ohne wieder die allzu unkonstruktive Differenz *zwischen* Klasse und Rassismus aufzumachen und aufrechtzuerhalten, sollten wir am Beispiel der aktuellen Gentrifizierung aufzeigen, wie sich in den Kämpfen um Stadt Klassenverhältnisse, Geschlechterverhältnisse und Rassismusfragen konkret verdichten bzw. situieren und wie diese Projekte sich im Laufe des Kampfes verändern, Lernprozesse stattfinden und neue Bündnisse geschmiedet werden. Außerdem zeigen die Kämpfe, dass der Rassismus als soziales Verhältnis nicht für eine bestimmte etwa migrantische Gruppe reserviert ist, er betrifft vielmehr alle. Rassismus ordnet die Verhältnisse in sozialer, kultureller und ideologischer Perspektive und zwar für ganz Almanyia.

Wann begann sich der Kampf um Stadt mit den migrantischen Kämpfen zu verbinden?

Die „Gastarbeiter_innen“ sind nicht von den Arbeitgeber_innen und Unternehmen in den Arbeitsverträgen festgehaltenen und aus den übersteuert vermieteten barackenähnlichen Hallen „frei“ gelassen worden. Als in den frühen 1970er Jahren die ersten detaillierten Berichte und Analysen, teilweise in staatlichen Studien über die Wohnverhältnisse, publiziert wurden, hatten schon Mietkämpfe stattgefunden. *„1760, - Mark Miete für einen alten Kotten. Wohnungsnot der Gastarbeiter wird schamlos ausgenutzt“*, titelte die *Rheinische Post* aus Düsseldorf am 29.12.1965 schon. Es hieß weiter: *„Abbruchreife Fachwerkhäuser werden im Bergischen Land zu horrenden Mieten an Gastarbeiter und einheimische Wohnungsuchende vermietet. Schamlos wird die Wohnungssituation ausgenutzt, und Unterkünfte, die den Namen Ställe tragen sollten, werden zu einem Preis vermietet, dem man getrost das Prädikat Wucher geben kann“* [2]. Allmählich bezog man im Laufe der Auseinandersetzungen in den 1970er Jahre die alten unsanierten Viertel. Als es um die nach dem Krieg neu gebauten Wohnsiedlungen im Westen ging, fanden heftige Auseinandersetzungen statt. Deutsche Anwohner_innen protestierten kollektiv gegen die Migrant_innen. Als die NSU-Produktionswerke 500 Gastarbeiter_innen-Wohnungen in Neckarsulm bauen wollten, reagierten deutsche Anwohner_innen mit anonymen Protestschreiben: *„Können dann unsere Frauen auf der Pichterichstraße noch einen Kinderwagen schieben, ohne belästigt zu werden?“* (Spiegel-Bericht: Komm, Komm, Komm - Geh, Geh, Geh, vom 19.10.1970). In derselben Quelle wird über die Hüttenwerke Mannesmann im Duisburger Vorort Ethingen berichtet, in das 420 Türk_innen hinziehen wollten. Damals protestierte der Ehinger Bürgerverein *„Notfalls lassen wir uns aussiedeln“* oder *„420 Junggesellen in engster Nachbarschaft mit nur 75 deutschen Familien halten wir für eine große Gefahr.“* Investor_innen fürchteten eine Entwertung der neuen Siedlungen. Umgekehrt lagen teilweise Immobilien wie in Kreuzberg brach, erlebten dann im Rahmen der Aufwertung einen neuen Inwertsetzungsprozess.

Das erinnert ja sehr an aktuelle Debatten

Wie nah die Themen um Wohnen und Ausgrenzung bei Migrant_innen aktuell sind, kann man in den Interviews mit Ali Gülbol deutlich nachvollziehen. Dort hat er mehrmals darauf hingewiesen, dass sich mit den neuen Konflikten die Geschichte wiederholt, die er damals noch als kleines Kind in demselben Haus beobachtete, aus dem er zwangsgeräumt wurde. Das war in den 1970er als die Mieter_innenbewegung gemeinsam mit den Migrant_innen die Wohnungen und Kieze gegen Spekulationsinteressen erkämpfte. Damals erklärte der Senat Kreuzberg 36 zum Sanierungsgebiet. Die leeren Wohnungen wurden teilweise von „Instandsbesetzern“ bewohnbar gemacht. Das war kein einheitlicher Kampf zwischen autonomen politischen Gruppen und Migrant_innen. Das ist er nie gewesen und ist es auch heute nicht Vor allem gab es innerhalb der migrantischen Gruppen auch schon frauenpolitische Gruppierungen. 1981 besetzten türkische und deutsche Frauen, wie auch Kinder die Kottbusser Straße 8, einen Monat später die Winterfeldstraße 37. [3] Dort, wo niemand wohnen wollte, sind Migrant_innen hin gezogen, haben die Wohnungen renoviert,

den Kiez als sozialen Ort aufgebaut.² Der spezifische gegen die Migrant_innen gerichtete Rassismus befindet sich seit der Gastarbeitszeit in einem langwierigen und vielschichtigen Entstehungsprozess. Wenn man sich die Zahlen anguckt wird deutlich, dass es eine ethnisierte Arbeitsteilung gibt, die sich zudem in Zeiten von Niedriglohn- und Leiharbeit immer stärker verfestigt. Das immer stärkere Zusammenfallen von Klasse und Rassismus, trotz der zweiten Tendenz, nämlich der Entstehung einer migrantischen Mittelschicht, wirkt als Individualisierungsprozess struktureller Desintegration. Ich kenne viele Rentner_innen, die freiwillig in die Türkei zurückkehren, weil sie sich das Leben in Deutschland nicht leisten können, obwohl sie lange in den Fabriken geschuftet haben. Das ist eine Form von Rückkehrpolitik.

Die aber nur einen kleinen Teil der Arbeitsmigrant_innen betraf

Als traditionell eingestellte Arbeiter_innenmilieus sind sie weniger bereit, umzuziehen. Als Migrant_innen sind sie interessiert an den migrantischen und vor allem kulturellen heterogenen Milieus im Kiez. Der Kiez als Kommunikationsort wird zerstört – auch für die Linken. Niemand wird nach Hellersdorf ziehen wollen. Vor allem stellt sich dann die Frage, wohin in Berlin. Die Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt zwingt sie, Bedingungen anzunehmen und sogar teurere- Mieten zu zahlen, schlechte Jobs auszuüben, auf Kulturangebote zu verzichten. Das ist ein Zustand, dem sie sich schon lange unterziehen müssen. Darin besteht ein wichtiges Element der neoliberalen Stadt: Individualisierung und Segregierung. Rassismus wirkt hier rein. Für die migrantischen subalternen Klassen würde das einer sozialen Isolation gleichkommen. Das neue Ghetto am Stadtrand soll der Rückkehr der Bürger_innen in die Innenstädte Platz machen. Ist das demokratisch? Nein, in dieser Konjunktur zeigt sich, dass Politik, Profit und Rendite wenig mit Demokratie und Konsens zu tun haben können. Vor allem zeigt sich immer noch die gleiche Haltung wie in den 1970ern: Migrant_innen wird vorgemacht, sie hätten keine Ansprüche hinsichtlich von Wohnungs- und Lebensfragen.

Es ist auffällig, dass der Widerstand vor allem im Stadtteil Kreuzberg gewachsen ist, erinnert sei an die Protesthütte am Kottbusser Tor oder die Blockade gegen Zwangsumzüge. Ist also die Rede vom rebellischen Kreuzberg doch kein Mythos?

Das rebellische Kreuzberg als Mythos ist die Erfindung der Angst und der Begierde des Bürger_innentums. Heute hat die linke Subkultur diesen Mythos wahrscheinlich selber verinnerlicht. Pasolini sagte mal, die Bourgeoisie liebt es, sich mit ihren eigenen Händen zu schlagen. Dass es in Kreuzberg eine gute Vernetzung gib, und daher rasch große Spontandemonstrationen und Proteste organisiert werden können, ist eine andere Geschichte,

² Heute ziehen Flüchtlinge nach Hellersdorf in Berlin und die Geschichte wiederholt sich: AnwohnerInnen wehren sich gegen „Fremdes“. Sie sind selber sozial Ausgestossene in Hellersdorf. Diesen sozialen Ausschluss kompensieren sie nun mit einem Gefühl von Macht, das ihnen Deutschland gibt, sie empfinden sich wenigstens als „deutsche“ Staatsbürger, die strukturell und moralisch „wertvoll“ sind. Nur, dass der Widerstand heute groß ist. Damals in Rostock haben sich während des Pogroms die Antifa-Gruppen nicht reingetraut, weil man Angst hatte nachts Wache zu stehen. Das sind veränderte politische Bedingungen.

die tatsächlich einer guten Vernetzung geschuldet ist. Vor allem, es macht Spaß hier zu leben! Gerade diese Vernetzung, die auch in den Kiezen für die migrantischen Netzwerke gilt, wird durch die Neuerung der Innenstädte in Berlin zerstört. Mag sein, dass es eine rebellische Kultur gibt, die Spaß macht, aber provozierend für „Deutschland“ ist sie schon lange nicht mehr. An der Stelle findet das Politische auch eine Grenze.

Welche Rolle spielt bei dem aktuellen Widerstand die autonome Geschichte des Stadtteils, die ja vor allem von Biodeutschen getragen wurde?

Auch die autonome Geschichte und Zukunft des Stadtteils muss neu geschrieben werden. Ich widerspreche hier. Die Mieter_innenbewegung, die Mietstreiks und der Aufbau der Kieze wären ohne die Bewegung, das Wissen, die Kampfbereitschaft und die Selbstorganisation der Migrant_innen nicht zu denken gewesen. Die radikale Linke wäre doch ohne die Migration und ihre soziale und politische Bewegung immer noch der Ansicht, um über Internationalismus nachdenken zu können, müsse man sich erst im Nahen Osten militärisch ausbilden lassen. Aber ja, an diese heterogene Geschichte und an diesen Zyklus von Kämpfen und Konflikten knüpfen die aktuellen Kämpfe an. Die Erfahrungen aus den 1970ern, das kritische Wissen um die Inwertsetzung von Arbeit und Leben im Kiez nutzen Migrant_innen, um sich zu organisieren. Gleichzeitig geben sie ihr Wissen, ihre Kommunikationsform und ihre Netzwerke weiter. Letztere sind in dieser Dynamik im Werden und in Veränderung. Die Kotti-Initiative hat mit ihrer Lärmdemo eine gänzlich neue Sprache entwickelt, die alle sprechen oder machen können, selbst Kinder hatten Spaß am Widerstand. Die Zustände im Kiez und die Zukunftsvorstellungen sind hier zentral, gegenseitiges Zuhören. Das ist kein einfacher Prozess. Nicht nur die kleinen Erfolge, auch die Niederlagen gilt es heute kollektiv zu bearbeiten. Vor allem die kommunitaristische Identitätspolitik im Kiez betrachte ich als einen solchen Regress.

Du hattest in einem Beitrag für die Zeitschrift ak³ geschrieben, dass sich die linke Bewegung von Klassenverhältnissen und der Welt der Arbeit zugunsten einer Politik der Lebensstile verabschiedet habe. Siehst Du in der aktuellen Mieter_innenbewegung Anzeichen dafür, dass das Soziale wieder eine stärkere Rolle in der linken Bewegung spielen könnte?

In dem von Dir erwähnten Text ging es nicht um Sozialromantik. Wir haben dort kritische Beobachtungen zusammengebracht und früh darauf aufmerksam gemacht, dass die autonomen und postautonomen Gruppen einer fast schon totalen Identitätspolitik verfallen sind, verfallen mussten. Es gab wichtige auch historische Gründe, dass sich die linke Bewegung auf die Suche nach anderen Strukturen machte. Doch die Isolation in der Nische macht einsam. Im Elfenbeinturm ist es sicher und gleichzeitig realitätsfern. Mit einer distanzierten Gesellschaftlichkeit kann man in die hegemoniale Realität auch nicht intervenieren. Das provozierte bei uns die Frage, was linke außerparlamentarische

³ ak - analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 567 / 16.12.2011, http://www.akweb.de/ak_s/ak567/23.htm

Gesellschaftspolitik heute noch tun will? Was Organisierung bedeutet und bedeuten kann? Es bedarf eines Kontaktes in den Kiez, in die Nachbarschaft. Hier leben keine neuen mythischen Subjekte der Revolution, aber u.a. eben die Akteur_innen der aktuellen Mieter_innenbewegung. Und vor allem sind die Städte Orte des Lebens und der Arbeit. Insofern sehe ich Chancen, für die Neuformulierung der sozialen Frage, die so wieder zum Thema für Migrant_innen, Frauen, Queers und Arbeiter_innen werden könnte. In der Nachbarschaft leben schließlich Menschen als Klassenindividuen, die links wie auch rechts werden können. Die Krise der Klassenanalyse ist nicht überwunden, wir verdrängen sie nur kollektiv, weil sie zu schwierig ist. Wir wissen nicht so recht, wie wir über Klassen nachdenken sollen, ohne in die Haupt- und Nebenwiderspruchsdenken zu verfallen. Die Vorsicht ist gut, irgendwann sollte man sich dennoch der Problematik annehmen. In Deutschland wurde sie ja eher kollektiv für tot erklärt. Ohne Klassenanalyse verstehen wir Rassismus oder Gentrifizierung nur partiell - und umgekehrt. Gleichzeitig muss das nicht heißen, jeden politischen oder ideologischen Konflikt auf seinen Klassencharakter hin auszuschälen. Darin bestand ebenfalls ein Problem der orthodoxen Klassenpolitik und -analyse. Eine Farce ist, dass es die FAZ oder bürgerliche Wissenschaftler_innen sind, die Klassenthemen wieder für lebendig erklären, nachdem sie sie in den 1980er, 1990er Jahren für tot erklärt hatten.

Die Mietenproteste werden unter das Motto „Recht auf Stadt“ gestellt. Ist es ein tragfähiges Label oder ein Minimalkonsens?

Es handelt sich vor allem um einen verallgemeinerbaren und kommunikativen Konsens, der sich in bestimmten Phasen immer weiter politisieren kann. Was dieser Konsens heißt, kann sich erst in der realen Dynamik beantworten lassen. Partizipation steht hier an erster Stelle. Die Stadt wird ja schon von den sozialen Akteur_innen mitgestaltet. Die Flüchtlinge und Migrant_innen kämpfen nicht allein um soziale Rechte, sondern auch um die Demokratisierung vom Leben in Berlin. Sie sind schon mitten drin und verhandeln in ihren Kämpfen, sie versuchen die Desintegrationspolitik und die neoliberale Stadterneuerung zu verändern.

Die hohen Mieten sind auch wegen des boomenden Niedriglohnssektors ein Problem geworden. Siehst Du Möglichkeiten, dass sich der Widerstand gegen hohe Mieten mit Kämpfen am Arbeitsplatz oder im Jobcenter verbindet?

Zwischen Arbeit und Wohnen oder Leben gibt es einen strukturellen und subjektiven Zusammenhang. Der Immobilienmarkt im Zusammenspiel mit den Banken und Versicherungen ist ein Element der Finanzialisierung gewesen. Neben der Deindustrialisierung und der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen berühren wir hiermit einen enormen gesellschaftlichen Strukturwandel schon seit den 1970er Jahren. Bei der aktuellen Wohnungsnot fällt die Entscheidung zu streiken schwieriger, weil man unter dem Druck steht, bei einem Jobverlust, die Wohnung schneller räumen zu müssen: In Deutschland sieht das so aus, dass man immer mehr für weniger Geld und ohne Sozialversicherung lohnarbeitet. Der Niedriglohnsektor hat die Immobilienwirtschaft in den USA und im Süden Europas enorm mit bedingt. Wenn man wenig verdient, wenig konsumiert, sollte eben mit Schulden gebaut oder Immobilien gekauft werden. Da spart man sich die Miete, ist wie im

Falle Spaniens in einer Krise aber auch ein Leben lang verschuldet und verliert alles. Der korporative Staat hat das in Deutschland anders organisiert. Es gibt keine strukturelle Massenverschuldung. Der Niedriglohnsektor im Dienstleistungsbereich betrifft größtenteils Frauen, geringqualifizierte Männer und vor allem Migrant_innen. Es gibt immer noch eine stabile und gut verdienende und versicherungspflichtige Stammebelegschaft in den Betrieben. Das ist das hier bekannt Problem mit den Stammebelegschaften und den prekarierten Gruppen, die dennoch wachsen. Die Angst vor den Abstieg ist eine Mittelschichtprojektion für noch mehr Umverteilung des erarbeiteten Wohlstands. Die aktuelle Stadt ist eine passende Investitionsmöglichkeit für diese Gruppe und eine Flucht aus der Krise des Kapitalismus, die die Unterklassen darstellen. Die Kämpfe von Migrant_innen, kritischen Linksgewerkschafter_innen und antirassistischen Bündnissen haben in einer ähnlichen Situation schon in den 1970er Jahren zu einer Neuorganisierung der linken Bewegung beigetragen. In den USA haben Kämpfe gegen Abschiebungen viel mit Kämpfen für Arbeitsrechte zu tun.

Die Stadt verbindet die Themen Arbeit und Leben. Das machte m.E. in einem Interview Basar Gerecci von der Stadtteilgruppe Megafonen klar. Zu den Riots in Schweden in diesem Jahr benennt er klar, dass für die migrantischen Jugendgruppen in den Vororten Themen und Forderungen wie Ausbildung und Arbeitsplätze zentral seien. Der Antirassismus müsste sich hierfür erneuern, verbinden und mit anderen sozialen Kämpfen ergänzen – und umgekehrt.

Das Gespräch führte Peter Nowak

***) Es ist eine Leseprobe aus dem Buch von Peter Nowak (Hg.): Zwangsräumungen verhindern. Ob Nuriye ob Kalle, wir bleiben alle. Widerstand gegen Zwangsräumungen – Vorbilder, Geschichte und Perspektive., erschienen bei Edition Assemblage in der Reihe Systemfehler Bd. 5 (96 Seiten, 7.80 Euro, ISBN 978-3-942885-52-2).**

[1] Vgl. zum Thema die neueren Arbeiten etwa von Kanak Attak, besonders die in diesem Kontext entstandene Arbeit „Die windige Internationale. Rassismus und die Kämpfe der Migration“ von Manuela Bojadzijev, in der sie für den deutschsprachigen Raum erstmals die Geschichte der „Kämpfe der Migration“ in der Terminologie der Autorin rekonstruiert und in ein relationales Verhältnis setzt zum Rassismus. Hier findet man zahlreiche Analysen zu den Kämpfen in den Fabriken und in der Stadt von Migrant_innen in Deutschland. Zu den sogenannten Ausländerstreiks in der Gastarbeiterzeit gibt es neben den neueren Arbeiten, zahlreiche politische Dokumentationen und gewerkschaftsnahe Berichte. Darüber hinaus aber auch viele Studien und wissenschaftliche Arbeiten aus den 1960er und 1970er Jahren, die aus der marxistischen Ecke kommend auch die Kämpfe der sogenannten Ausländer bzw. „Fremdarbeiter“ detailliert dokumentieren und diskutieren. Die Perspektive ist da auf den kollektiven Arbeitskampf und partiell die diskriminierenden Praxen fokussiert, weniger auf eine Rassismusanalyse. Eine sehr viel früher in Frankreich geführte Debatte-zu den antirassistischen und sozialen Kämpfen hat der Aktivist und Forscher Mogniss H. Abdallah in den 1980er angestoßen.

[2] Zitiert nach Lothar Elsner: Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland. Zur Lage und zum Kampf der ausländischen Arbeiter unter den Bedingungen des westdeutschen staatsmonopolistischen Herrschaftssystems (1955-1968), Verlag Tribüne Berlin, Seite: 79.

[3] Vgl. hierzu: amantine, Gender und Häuserkampf, Unrast, 2011, 89.